

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

«Tiefe Befriedigung über das Verhältnis zum Nachbarn Schweiz»

Botschaft der liechtensteinischen Regierung an die Schweiz zum «Tag der internationalen Beziehungen» – Hoffnung auf Anpassung

(G.M.) – Die Schweiz begibt am Freitag, wie in unserer Samstag-Ausgabe bereits ausführlich gemeldet, im Rahmen der 700-Jahrfeier den «Tag der internationalen Beziehungen». Wie die anderen Nachbarstaaten Österreich, Deutschland, Frankreich und Italien überbrachte auch die liechtensteinische Regierung zu diesem Tag eine Botschaft. Die Botschaft der Regierung des Fürstentums Liechtenstein enthält einen Dank für die guten Beziehungen seit vielen Jahrzehnten sowie die Hoffnung auf eine Anpassung des Verhältnisses an die neuen Bedingungen in Europa.

Beim Festakt im Bundeshaus in Bern sprachen UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar, Catherine Lalumière als Generalsekretärin des Europarates, Aussenminister Hans-Dietrich Genscher sowie Nationalratspräsident Ulrich Bremi und Bundespräsident Flavio Cotti. Anlässlich des Festakts stellten sich die Vertreter der internationalen Organisationen sowie der Nachbarstaaten der Schweiz den Medien. Als Vertreter Liechtensteins nahm Regierungschef Hans Brunhart die Stichworte seiner Vorredner wie Neutralität und Solidarität auf und erklärte, Liechtenstein schätze sich glücklich zwischen Österreich und der Schweiz, als

neutralen Staaten, zu liegen. Dem Föderalismus, wie ihn die Schweiz intern praktiziert, kommt nach seinen Worten im künftigen Europa eine besondere Bedeutung zu.

Botschaft der Regierung

Vorher hatte Regierungschef Brunhart im Namen der Regierung dem schweizerischen Bundesrat eine Botschaft übermittelt, aus der wir nachstehend folgendes zitieren:

Die Schweizerische Eidgenossenschaft feiert dieses Jahr ihr 700jähriges Bestehen. Das Fürstentum Liechtenstein hat allen Grund, sich bei den ersten Gratulanten einzustellen. Engere und für Liechtenstein vorteilhaftere Beziehungen zu einem Nachbarland sind wohl kaum vorstellbar.

Wenn auch zur Zeit der Gründung der Eidgenossenschaft das heutige Gebiet des Fürstentums Liechtenstein eng mit dem benachbarten schweizerischen Gebiet verbunden war, hat die Geschichte der beiden Länder während Jahrhunderten grossteils einen getrennten Verlauf genommen. Die räumliche Nachbarschaft erhielt ihre volle Bedeutung erst in diesem Jahrhundert, als mit dem im Jahr 1923 abgeschlossenen Zollvertrag der Grundstein für ein weites und tiefes Be-

ziehungsfeld auf vielen Ebenen gelegt wurde.

Dank für Partnerschaft

Ein Rückblick auf diese nunmehr bald 70 Jahre dauernde enge Partnerschaft erfüllt uns Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen mit grosser Dankbarkeit, weil wir wissen, welch entscheidenden Beitrag diese Partnerschaft und die grundlegenden Ausrichtungen der schweizerischen Wirtschafts- und Staatspolitik zur Wohlfahrt und zur politischen Entwicklung unseres Landes bildeten. Trotz der engen Partnerschaft und der Kleinheit unseres Landes hat die Eidgenossenschaft die Eigenstaatlichkeit Liechtensteins nicht nur respektiert, sondern die internationale Verankerung unserer Souveränität gefördert.

Ungetrübte bilaterale Beziehungen

Aus unserer Sicht kann mit Fug von ungetrübten bilateralen Beziehungen gesprochen werden. Wir empfinden tiefe Befriedigung über das Verhältnis zur Schweiz und zu deren Bevölkerung, welches – neben den offiziellen Kontakten – geprägt ist durch vielfältige Beziehungen im persönlichen, menschlichen, familiären, kulturellen, sportlichen und ge-

schäftlichen Bereich. Wir haben viel Gemeinsames, was uns verbindet: Sprache, Geschichte, Denkweise und Leistungswille. Ungezählte Formen regionaler Kooperation sind die Folgen dieses speziellen Verhältnisses.

Verhältnis an neue Bedingungen anpassen

Die europäische Integration und die Neuordnung der gesamteuropäischen Beziehungen stellen unsere beiden Länder vor grosse Herausforderungen. Weittragende Entscheidungen müssen getroffen werden. Voraussichtlich wird auch unser bilaterales Verhältnis auf irgendeine Weise davon betroffen sein. Wir sind aber überzeugt, dass es gelingen wird, unser enges Verhältnis mit der Schweiz den neuen Bedingungen anzupassen. Wir sehen deshalb solchen gemeinsamen Herausforderungen mit Zuversicht entgegen. Die guten Erfahrungen, die Liechtenstein in der Zusammenarbeit mit der Schweiz gemacht hat, veranlassen uns, der Schweiz zu wünschen, dass sie ihrerseits auf ebensoviele Verständnis auf europäischer Ebene zählen kann. Wir möchten der Schweiz wünschen, dass sie in einem sich bildenden neuen Europa den ihren Vorstellungen gemässen Platz finden wird.

Landtagsitzung am 3. und 4. Juli

Der Landtag tritt vor der Sommerpause nochmals zu einer zweitägigen Arbeitssitzung am 3. und 4. Juli zusammen. Die Traktandenliste umfasst insgesamt 16 Tagesordnungspunkte, wovon fünf Traktanden sich mit Gesetzesvorlagen befassen.

Im Mittelpunkt dieser zweitägigen Sitzung stehen zweifellos die finanzpolitischen Vorlagen. Zur Genehmigung durch den Landtag steht der Rechenschaftsbericht der Regierung und die Landesrechnung 1990. Diese ist wiederum gekennzeichnet durch einen positiven Abschluss, der jedoch nur möglich wurde durch den Einsatz von 10,5 Mio. Fr. an Reservemitteln.

Ferner geht es um die Genehmigung der Geschäftsberichte der Landesinstitute

- Liechtensteinische Landesbank
- Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung und Familienausgleichskasse
- Liechtensteinische Kraftwerke
- Liechtensteinische Gasversorgung.

Mit Finanzpolitik zu tun haben auch die Vorlagen über die

- Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich
- Schaffung eines Gesetzes über die Ausrichtung von Landessubventionen
- Genehmigung eines Kredites für die Erstellung eines Pavillons für den Werkunterricht an der Oberschule Vaduz.

Vor der Verabschiedung steht das Gesetz über die Baulandumlegung, während die Gesetzesvorlagen über den Tierseuchenfonds und die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes erstmals zur Beratung anstehen.

Im ausserpolitischen Bereich hat sich der Landtag mit dem Antrag der Regierung zum Beitritt zur EFTA als siebtes Vollmitglied zu befassen. Ausserdem kündigte die Regierung den 5. Ergänzenden Bericht über «Das Fürstentum Liechtenstein und die Europäische Integration» an, der zur Diskussion stehen wird.

WM-Teilnahme ist gesichert

Manuela Marxer wieder Schweizer Meisterin im Siebenkampf



Wie im Vorjahr heisst die Schweizer Meisterin im Siebenkampf Manuela Marxer. Obwohl die 26jährige Liechtensteiner Leichtathletin seit längerem an einer Ferseneizündung leidet, erzielte sie in Luzern mit 5714 Punkten eine Schweizer Saisonbestleistung und sicherte sich für Liechtenstein die WM-Teilnahme (Limite: 5500 Punkte). Unser Bild zeigt die strahlende Mehrkämpferin aus Schaanwald (links) zusammen mit der zweitplatzierten Patricia Nadler (Mitte) und der Bronzemedailengewinnerin Barbara Schenker. Mehr über den Siebenkampf im heutigen Sportteil. (Bild: Keystone)

Für den Weltfrieden unterwegs

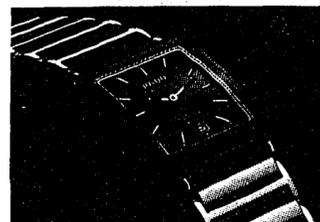
Weltfriedenslauf führte am Wochenende auch durch das Land



«Für den Weltfrieden kann man nie genug unternehmen». Mit diesen Worten begrüsst am Freitagabend in Vaduz Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille jene Friedensläuferinnen und -läufer, die zuvor in zwei Staffeln - von Genua und Madrid herkommend – unsere Landesgrenze bei den Rheinbrücken in Balzers und Vaduz überschritten hatten. Während ihres Etappenhalts im Land unternahmen die Teilnehmer dann einen Sternlauf durch alle Gemeinden. Unser Bild zeigt eine Gruppe bei der Ankunft in Schaan, wo Vorsteher Hansjakob Falk die Fackel weiterreichte.

Österreich: Die SPÖ ändert den Namen

Linz (AP) Die Sozialistische Partei Österreichs hat sich am Wochenende formell in Sozialdemokratische Partei umbenannt. Auf dem Parteitag in Linz wurde ferner der völlig unumstrittene Vorsitzende der SPÖ, Bundeskanzler Franz Vranitzky, wiedergewählt.



Die Zukunft an Ihrem Handgelenk.

Rado DiaStar Anatom, wasserdicht, kratzfestes Keramikband und Saphirglas, Fr. 1500.- für Damen, Fr. 1600.- für Herren.

huber
schmuck · uhren · juwelen
Städtle 34 und Rathausplatz
9490 Vaduz / Liechtenstein

FL und EWR

Auch für Liechtenstein geht es diese Woche im Rahmen der Verhandlungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) um entscheidende Fragen. An der Konferenz der EG- und EFTA-Minister in Luxemburg vom Dienstag werden Regierungschef Hans Brunhart, Botschafter Prinz Nikolaus, Botschafter Dr. Benno Beck und Dr. Andrea Willi vertreten sein.

Die entscheidende Frage für unser Land wird die Haltung der Schweiz sein. Sofern sich die Schweiz für einen EWR-Beitritt entscheidet, dürfte die Entscheidung auch für Liechtenstein gefallen sein. In den letzten Wochen ist diese Haltung der Regierung mehrfach bekräftigt worden. Ebenso entscheidenden Charakter für uns hat ein allfälliger Beschluss des Bundesrates, dem EWR-Abkommen nicht beizutreten.

Schweiz vor europapolitischer Gretchenfrage

Bundesrat muss Karten bis Donnerstag auf den Tisch legen – Letztes Feilschen um den EWR in Luxemburg

Bern (AP) Die Schweizer Europapolitik steht vor einer schicksalhaften Woche. Am Montag wird die Antwort der EG-Verkehrsminister auf das «letzte Angebot» des Bundesrats im Transitverkehrsstreit erwartet. Einen Tag später wollen die Aussen- und Wirtschaftsminister der EG- und EFTA-Staaten in Luxemburg das EWR-Abkommen über die letzten Hürden bringen. Und schon am Donnerstag soll der Bundesrat dem Parlament bekanntgeben, ob er beim EWR mitmachen oder ausscheren will.

Die Landesregierung, die sich bisher stets gegen einen voreiligen Europaentscheid zur Wehr gesetzt hatte, gerät jetzt in Zugzwang. Ihre beiden «Europaminister» Jean-Pascal Delamuraz und Rene Felber werden am Dienstag voraussichtlich bis tief in die Nacht hinein in Luxemburg um die schweizerischen Positionen feilschen. Am Mittwoch früh steht die Rückfahrt nach Bern auf dem Programm,

und am Nachmittag muss sich der Bundesrat an einer Sondersitzung zu einem EWR-Entscheid durchringen. Einen Tag später, am Donnerstag vormittag, muss die Landesregierung ihren Beschluss der Vereinigten Bundesversammlung «verkaufen». Am Dienstag darauf wollen EG und EFTA in Salzburg das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) paraphieren.

Ob die Schweiz mit von der Partie sein wird, ist ungewiss denn je. Nicht nur hängt das Damoklesschwert eines Scheiterns der bilateralen Transitverhandlungen über dem EWR-Abkommen. Sondern auch der innenpolitische Europahorizont hat sich mit dem Nein zur neuen Finanzordnung in der Volksabstimmung vom 2. Juni deutlich verdüstert. Bundesrat Otto Stich, der schon vorher zur Fraktion der EWR- und EG-Skeptiker im Bundesrat gehört hatte, machte denn auch in einem «Weltwoche»-Interview

deutlich, dass er auf die europapolitische Bremse stehen wird: Noch vor Veröffentlichung der Studie über die wirtschaftlichen Aspekte der Integration warf der Finanzminister die Zahl von zwei bis drei Milliarden Franken in die Diskussion, die ein EG-Beitritt jährlich kosten würde.

Die Streitpunkte des Treffens

Am EG/EFTA-Treffen vom Dienstag nachmittag in Luxemburg wollen die Minister der 19 Staaten die letzten Hindernisse auf dem Weg zum EWR überwinden. Diese betreffen die Bereiche Landwirtschaft und Fischerei, den geplanten Kohäsionsfond zum wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den reicheren und ärmeren Ländern des Wirtschaftsraums sowie die Dauer der gewährten Übergangsfristen zur Übernahme des Acquis communautaire durch die EFTA-Staaten. Hinzu kommt die Frage der Verknüpfung des

(Fortsetzung auf Seite 2)